

## **3.8NEU5** Vielfältig und frei leben: Selbstbestimmung und Anti-Diskriminierung

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

546 Unsere Gesellschaft ist im Wandel. In unseren Dörfern und Städten, am Arbeitsplatz, in Schulen und  
547 Sportvereinen begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, mit unterschiedlichen sexuellen  
548 Identitäten und Hautfarben, mit und ohne Zuwanderungsgeschichten. Diese Vielfalt bereichert unser Land.  
549 Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt funktioniert nur mit Rechten und Pflichten, die für alle  
550 gleichermaßen gelten müssen, und einer klaren Positionierung gegen jede Form von Diskriminierung und  
551 Menschenfeindlichkeit. Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält. Eine  
552 Gesellschaft, in der jede\*r selbst bestimmt leben kann und die individuelle Freiheit sowie die persönliche  
553 Identität geschützt sind, auch im Netz.

### 554 **Religion: Alle nach ihrer Fassung**

555 Glaubensfreiheit hat in Brandenburg eine lange Tradition. Alle Menschen sollen "nach ihrer Fassung selig  
556 werden" und müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben, sei er jüdisch, christlich, muslimisch,  
557 buddhistisch, hinduistisch usw. oder auch ganz frei von religiös-weltanschaulichem Bekenntnis. Unsere  
558 vielfältige, offene Gesellschaft basiert auf dem Grundgesetz, das wir achten und verteidigen. Wir  
559 verurteilen die Diskriminierung Andersgläubiger, antidemokratische Einstellungen und  
560 menschenverachtenden Fanatismus. Wir verurteilen insbesondere, wenn Religionen in diesem Sinne  
561 instrumentalisiert werden oder sich instrumentalisieren lassen. Wir schätzen es zudem sehr, wenn sich  
562 Religionsgemeinschaften mit wertgebundenen Positionen aktiv an der Meinungsbildung zur Stärkung  
563 unseres demokratischen Gemeinwesens beteiligen

564 Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus oder aus Überzeugung gemeinsam mit uns für  
565 Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut. Sie leisten damit einen  
566 wertvollen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Da stehen wir Seit an Seit. Das  
567 friedensstiftende und befreiende Element findet sich in nahezu allen Religionen. Der Glaube soll frei  
568 machen, nicht fesseln. Unsere Geschichte in Brandenburg ist eng mit dem emanzipatorischem Wirken der  
569 Kirchen verbunden.

570 Wir unterstützen den Brandenburger Weg, das Schulfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“ in  
571 den Klassen fünf bis zehn zu unterrichten und einen zusätzlichen, freiwilligen Religions- oder  
572 Weltanschauungsunterricht der Kirchen oder des Humanistischen Verbands zu ermöglichen.

573 Das kirchliche Arbeitsrecht sehen wir kritisch. Wir wollen die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmer\*innen  
574 außerhalb des religiösen Verkündigungsbereiches stärken und Ausnahmeregelungen beschränken.

575 In staatliche Zuwendungen an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wollen wir mehr  
576 Transparenz bringen.

### 577 **Queeres Brandenburg**

578  
579 Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans\*, inter\* und queere Menschen (LSBTTIQ\*)  
580 frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können. Nach einer im Jahr 2017  
581 durchgeführten Online-Befragung hat fast die Hälfte (48 Prozent) aller LSBTTIQ\* in Brandenburg in den  
582 vergangenen fünf Jahre Diskriminierung erfahren. Jede sechste befragte Person erlebte in dieser  
583 Zeitspanne Gewalt oder ein Verbrechen aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität. Um für  
584 Betroffene mögliche Hemmnisse vor einer Kontaktaufnahme mit der Brandenburger Polizei oder der  
585 Staatsanwaltschaft abzubauen, wollen wir dort Stellen für hauptamtliche Ansprechpartner\*innen für die  
586 Belange der LSBTTIQ\* schaffen. Wir fordern eine systematische Erfassung homo- und trans\*feindlicher

587 Straftaten wie Hasskriminalität und eine entsprechende Präventionsarbeit bei Polizei, Justiz und  
588 Sozialarbeit.

589

590 Die bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer trans\*- und homophober Gewalt wollen wir stärken und  
591 landesweit ausbauen. Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) wollen wir mit mindestens einer\*m  
592 hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten mit entsprechender Ausstattung und  
593 Qualifizierung besetzen.

594 Das Land hat mit dem Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ einen ersten Schritt gegen Diskriminierung und  
595 für gleiche Rechte von LSBTTIQ\* gemacht. Der Aktionsplan stellt bisher allerdings lediglich eine einfache  
596 Zustandsbeschreibung dar. Wir wollen den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ in Bezug auf Maßnahmen  
597 und Kosten konkretisieren und seine schnelle Umsetzung angehen. Diese soll anhand eines regelmäßigen  
598 Berichts überprüft werden. Wir wollen, dass vom Land Brandenburg für die gesamte Verwaltung eine  
599 Handreichung für den Umgang mit LSBTTIQ\*-Menschen entwickelt wird und Beschäftigte entsprechend  
600 geschult werden.

601

602 Die gesundheitliche und soziale Situation der LSBTTIQ\* wollen wir deutlich verbessern. Sexuelle  
603 Gesundheit wollen wir fördern und die Präventionsarbeit stärken, wir bekennen uns zu den  
604 UN-AIDS-Zielen, um HIV bis 2030 zu beenden.

605 Ein erhöhtes Selbstmordrisiko, gerade unter Jugendlichen, ist leider traurige Realität, ebenso wie  
606 psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Sucht. Die Schulsozial- und die Jugendarbeit wollen wir  
607 stärken und Beratungs- und Begleitungsprojekte, die sich an LSBTTIQ\* richten, verlässlich und dauerhaft  
608 fördern.

609 Der von unserer Landtagsfraktion eingebrachte Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz hat noch  
610 keine parlamentarische Mehrheit gefunden. Wir werden das Ziel weiterhin energisch verfolgen.

611 Den Schutz vor Diskriminierung wollen wir auch auf Bundesebene vorantreiben und unterstützen  
612 entsprechende Bundesatsinitiativen. Artikel 3 des Grundgesetzes muss um die Merkmale der sexuellen und  
613 geschlechtlichen Identität ergänzt werden. Das menschenrechtsverletzenden Transsexuellengesetz wollen  
614 wir abschaffen und fordern eine neue Gesetzgebung, die sich konkret an den Bedürfnissen von Trans\*  
615 ausrichtet. Operationen an Inter\* im Kindesalter wollen wir verbieten und die Aufbewahrungsfrist für  
616 Krankenakten verlängern. Inter\*-Personen und ihre Eltern brauchen qualifizierte Informations- und  
617 Beratungsangebote. Entsprechende Initiativen aus Berlin begrüßen wir.

### 618 **Inklusion und Teilhabe: Barrierefrei und gleichberechtigt leben**

619 Selbstbestimmt leben. Das sollen die 370.000 in Brandenburg wohnenden Menschen mit Behinderung  
620 können – genauso wie alle anderen. Unsere Behindertenpolitik im Land Brandenburg ist eine  
621 menschenrechtsorientierte Politik ohne Wenn und Aber. Die Selbstvertretungsorganisationen behinderter  
622 Menschen sind bei der Gestaltung dieser Politik unsere Partner auf Augenhöhe. „Nicht ohne uns über uns“,  
623 das gilt für unsere grüne Politik für Menschen mit Behinderung.

624 Im Land Brandenburg wollen wir die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) konsequent umsetzen.  
625 Artikel 19 der UN-BRK erkennt das Recht von Menschen mit Beeinträchtigungen an, mit den gleichen  
626 Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben. Sie müssen selbst darüber  
627 entscheiden können, wo und mit wem sie leben. Niemand darf in besondere Wohnformen gezwungen  
628 werden. Wir haben deshalb im Landtag eine Debatte über das Bundesteilhabegesetz initiiert. Damit haben  
629 wir erreicht, dass sich Brandenburg beim Bund für das Wunsch- und Wahlrecht von beeinträchtigten  
630 Menschen eingesetzt hat.

631 Wir wollen eine bunte, vielfältige Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der niemand  
632 ausgegrenzt wird und alle das Gefühl haben: Ich gehöre dazu. Jede und jeder soll die Unterstützung  
633 erhalten, die jeweils benötigt wird. Uns geht es um Selbstentfaltung und die Möglichkeit individueller  
634 Lebensentwürfe ebenso wie um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für individuelle Freiheit.

635 Grundsätzlich gilt: Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deshalb braucht es neben der  
636 staatlichen Verantwortung die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Kommunale Beauftragte und Beiräte für  
637 Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Brandenburg muss zukünftig die  
638 UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel der Inklusion vollständig umsetzen und die  
639 Menschenrechte behinderter Menschen umfassend garantieren. Unter diesem Aspekt wollen wir das  
640 „Behindertenpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung 2.0“ evaluieren und mit konkreten  
641 Maßnahmen fortschreiben. Dazu gehört auch ein entsprechendes Monitoring.

642 **Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt**

643 Kanada und die Niederlande machen mit ihrer liberalen Cannabispolitik vor, dass Prohibition kein  
644 besonders wirksames Mittel im Kampf gegen Suchterkrankungen ist. Kriminalisierung und Repression sind  
645 keine erfolgreichen Maßnahmen gegen Drogen. Unser Ziel ist es, die Selbstbestimmungsrechte von  
646 Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir wollen dem Schwarzmarkt das  
647 Wasser abgraben und zugleich Konsumfreiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der  
648 Bürger\*innen stärken. Wir befürworten eine Entkriminalisierung von Cannabis, beginnend mit der  
649 Anpassung an die Berliner Rechtslage. Diese besagt, dass gegen den Besitz von weniger als 10 Gramm  
650 Marihuana nicht strafrechtlich ermittelt werden darf und auch noch bei Mengen von bis zu 15 Gramm eine  
651 Einstellung des Verfahrens möglich ist. Wir möchten diese Regelung auch in Brandenburg einführen.  
652 Außerdem soll ein Modellprojekt die legale Abgabe von Cannabis an Volljährige ermöglichen. Als letzten  
653 Schritt wollen wir uns im Bundesrat gemeinsam mit anderen Bundesländern für eine Streichung von  
654 Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz und einen strikt regulierten, legalen Markt für Cannabis  
655 starkmachen. Wir wollen Jugendschutz mit strengen Kontrollen und mehr Prävention – ganz nach dem  
656 Prinzip „Aufklärung und Transparenz statt Vorenthaltung von Information“.

657 Da sich der Konsum illegaler Drogen nie hundertprozentig verhindern lassen wird, wollen wir zur  
658 Minimierung von Gesundheitsrisiken und vermeidbaren Todesfällen, Drugchecking, also die anonyme  
659 Überprüfung von chemischen Substanzen auf Streckmittel, ermöglichen. Die Zulässigkeit der Praxis wollen  
660 wir gutachterlich prüfen lassen.

661 Unsere Leitlinie ist klar: Gesundheit und Mündigkeit, statt Repression und Angst.